

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **DGB-Landesleiterin Wiedemeyer fordert Sicherheit in Krisenzeiten und in Zeiten des strukturellen Wandels**

**Sperrfrist: 1. Mai 2022, 11 Uhr!**

Der Tag der Arbeit steht in diesem Jahr im Zeichen des Friedens und der Solidarität. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Sachsen-Anhalt verurteilen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und setzen ein Zeichen für Frieden, Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt.

Die Landesleiterin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Sachsen-Anhalt, Susanne Wiedemeyer, zeigte sich erleichtert darüber, dass nach zwei Jahren Corona-Pandemie nun endlich wieder größere Veranstaltungen zum Tag der Arbeit stattfinden dürfen. „Ich freue mich, dass wir uns nach zwei Jahren Corona-Pandemie endlich wieder auf den Plätzen und Straßen treffen dürfen. Unser 1. Mai ist ein Tag des solidarischen Miteinanders und des friedvollen Zusammenkommens.“, so Wiedemeyer.

In ihrer Rede verurteilte sie den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine: „Dieser Krieg stellt einen beispiellosen Angriff auf die europäische Friedensordnung dar und muss sofort beendet werden. Und weiter: „Der Schutz der geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer steht an erster Stelle, aber auch ihre Integration in den Arbeitsmarkt muss rasch organisiert werden – ohne dass sie als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.“

Wiedemeyer verteidigte die Einführung des Mindestlohns und seine Erhöhung auf zwölf Euro, da der Mindestlohn die schlimmsten Auswüchse von Lohndumping verhindere. „Für viele Menschen in Sachsen-Anhalt war der Mindestlohn die höchste Lohnerhöhung seit langem.“, so die Gewerkschafterin.

In Krisenzeiten und in Zeiten des strukturellen Wandels sei es auch die Aufgabe von Gewerkschaften, den Menschen Sicherheit zu geben. Wiedemeyer begrüßte das Energie-Entlastungspaket der Bundesregierung. „Sicherheit bedeutet aber auch, dass die aktuellen Preissteigerungen in die tariflichen Lohnsteigerungen einfließen müssen. Deswegen fordern wir einen Inflationsausgleich und eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Gewinnen – die es trotz Krieg und Pandemie gibt!“ , sagte Wiedemeyer in Zeitz.

#### **Landespressestelle**

PM 11

**Martin Mandel**  
Pressesprecher

[martin.mandel@dgb.de](mailto:martin.mandel@dgb.de)

Telefon: 0391/6250323  
Mobil: 0170/4516747

Olvenstedter Straße 66  
39108 Magdeburg

[www.sachsen-anhalt.dgb.de](http://www.sachsen-anhalt.dgb.de)

Dass das ohnehin schwer ausgehandelte Datum für den Kohleausstieg 2038 nun wieder in Frage gestellt würde, bezeichnete Wiedemeyer als einen großen Fehler der Bundesregierung. „Das schafft kein Vertrauen. Das schafft Misstrauen!“, verdeutlicht die DGB-Landesleiterin. Die Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz würden der Region zugutekommen und viel Neues entstehen lassen. Gleichzeitig müsse die Politik Antworten darauf geben, dass mit dem Ende der Kohleverstromung qualifizierte Arbeitsplätze mit überdurchschnittlichem Verdienst, tariflicher Absicherung und betrieblicher Mitbestimmung in der Region verloren gingen. „Unsere Aufgabe als Gewerkschaften ist es, von Anfang an Gute Arbeit für alle einzufordern, wenn es darum geht, neue Wirtschaftsbereiche in der Region aufzubauen.“, verdeutlichte Wiedemeyer die Rolle der Gewerkschaften im Revierausschuss und gegenüber der Landespolitik.